

«Die FDP verrät die Bevölkerung und die Wirtschaft an die EU»

SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und den gescheiterten Schulterschluss der Bürgerlichen

Denis von Burg, Arthur Rutishauser (Text) und Esther Michel (Foto)

Frau Martullo, die Masseneinwanderungsinitiative (MEI), die Kontingente wollte, wird nun mit einem «Inländer-vorrang light» umgesetzt. Ihre Partei wird in Bern vorgeführt...

Das Volk wird vorgeführt. Allein mit einer fakultativen Meldung für freie Stellen an das Arbeitsamt wird die Initiative überhaupt nicht umgesetzt. Unsere Demokratie wird bewusst mit Füssen getreten, das Volk wird an die EU verraten.

Jetzt machen CVP und Wirtschaftsverbände einen Vorschlag, der Kontingente zulässt. Unterstützen Sie diesen?

Nein, das alleine reicht nicht. Darin ist bloss von unbestimmten «Abhilfemassnahmen» die Rede, die auch noch der EU unterbreitet werden müssen. Im Parlament geht es nur noch um Kosmetik. Die Vorlage bleibt zahnlos. Auch wenn der Antrag durchkommt, werden wir die ganze Vorlage ablehnen.

Was würden Sie denn unterstützen?

Die Initiative will eine eigenständige Regelung und eine Reduktion in der Zuwanderung. Dort, wo es arbeitslose Inländer gibt, sollen diese berücksichtigt werden müssen. Dort, wo es keine Inländer gibt, sollen Stellen unkompliziert durch Ausländer besetzt werden. Die Einwanderung in die Sozialversicherungen soll unterbunden werden. Eine Umsetzung lag vor, man hat zusammen mit der Wirtschaft über 50 Anträge an die Kommission ausgearbeitet. Dann ist die FDP auf die Nulllösung gegangen und die CVP gekippt.

Wäre das Zürcher Modell eine Lösung?

Dieses zeigt auf, in welchen Berufsgruppen es Mangel oder Überschuss auf dem inländischen Arbeitsmarkt gibt. Das wäre eine Basis, um die Situation zu be-

urteilen. Darauf basierend müssten aber dann Kontingente vergeben werden.

Das wird der EU nicht gefallen.

Na und? Eine eigenständige Steuerung braucht Mut. Die anderen Parteien haben diesen leider nicht, allen voran die FDP. England wird später diesen Weg gehen und Erfolg haben.

Hat Sie die FDP, mit der Sie den bürgerlichen Schulterschluss wollten, auflaufen lassen?

Leider gibt es den bürgerlichen Schulterschluss genauso wenig wie die bürgerliche Mehrheit im Parlament. Die Geschlossenheit der FDP ist generell mangelhaft. Deshalb verlieren wir zusammen oft Abstimmungen im Nationalrat. Bei der FDP fehlt es allgemein an Führung. Leider auch inhaltlich. Die lachende Dritte ist dann die Linke, die auch auf die CVP zählen kann.

In der EU-Frage ist die FDP

geschlossen, aber gegen die SVP.

Genau. Für diese Pseudo-Umsetzung der MEI hat die FDP nun in ihrer Fraktion sogar noch einen Stimmzwang verfügt. Wenn man die gesamte Politik der FDP verfolgt, sieht man, dass sich alles an einem möglichst engen Anschluss an die EU misst.

Sie meinen, die ordnet den Beziehungen zu Brüssel alles unter?

Ja, sie ist EU-hörig. Für unsere Wirtschaft ist das aber gar nicht vorteilhaft. Gerade mit unseren hohen Kosten brauchen wir in der Schweiz unbedingt bessere Rahmenbedingungen, als sie die EU hat. So sind wir auf ein attraktives Steuermilieu und einen freien Arbeitsmarkt angewiesen. Weil das Parlament die Umsetzung der Masseneinwanderung nicht selber an die Hand genommen hat, werden wir nun massive staatliche Eingriffe bei unseren Unternehmen und in unseren Arbeitsmarkt erleben. Das macht den Standort unattraktiv und führt letztlich zum Verlust von Arbeits-

plätzen. Die FDP hat der Wirtschaft einen Bärendienst erwiesen. Die Wirtschaft hat das erkannt und befürwortet deshalb eine schärfere Umsetzung.

Wie meinen Sie das?

Die Politik wird folgern, dass der Staat die Unternehmen enger regeln muss. So wird er vorschreiben, wie und wen die Unternehmen einstellen. Bereits spricht man vom Genfer Modell, bei dem Arbeitsämter Unternehmen zwingen, Interviews mit Kandidaten durchzuführen und Nichteinstellungen schriftlich zu begründen. Mindestlöhne, Kündigungsschutz, Meldepflichten, Kontrollen und Sanktionen gehören alle zum Instrumentarium, das die Linke in Bern aggressiv mit Vorstössen verfolgt. Diese Woche hat das Parlament mit Zustimmung der CVP und Teilen der FDP bereits zusätzliche Verschärfungen bei den flankierenden Massnahmen beschlossen. Weitere sind traktandiert. Mit einer griffigen Umsetzung der MEI könnte man dies besser verhindern.

Die FDP sagt, sie wolle die Bilateralen Verträge nicht gefährden.

Die EU wird die Bilateralen nie kündigen, da diese stark in ihrem Interesse liegen. Aber eine gute Wirtschaftspolitik kann in der Schweiz nicht ein-dimensional auf die EU ausgerichtet sein. Leider ist die FDP dazu nicht in der Lage und mangels Führungsdisziplin ein unzuverlässiger Partner. Damit verrät die FDP uns, die Bevölkerung und die Wirtschaft an die EU.

Zu guten Rahmenbedingungen gehören gute Beziehungen zur EU, meint der Freisinn.

Die Beziehungen sind dann gut, wenn beide Seiten Vorteile haben und man sich mit Respekt und auf Augenhöhe begegnet. Dass wir bei der Masseneinwanderung unser eigenes Recht ausgeschaltet haben, bringt uns sicher keinen

Respekt und auch kein Entgegenkommen der EU. Im Gegenteil. Weil sie unsere politische Schwäche spürt, wird die EU nun noch konsequenter auf den Abschluss eines Rahmenabkommens drängen. Automatische Rechtsübernahme und fremde Richter aber werden wir nie akzeptieren.

Macht es noch Sinn, bei den nächsten Wahlen wieder mit der FDP zusammenzuspannen?

Das müssen wir nicht jetzt entscheiden. Wir von der SVP sind viel wirtschafts- und gewerbefreundlicher als die FDP. Es fragt sich schon, ob wir den Freisinn weiter stärken sollten, wenn es sich dann in der Politik nicht auszahlt.



Magdalena
Martullo-
Blocher, 47,
Nationalrätin
und Chefin der
Ems-Chemie,
in Herrliberg